

Datenblatt zu Angaben nach dem Lobbyregistergesetz

(bitte bei Abgabe einer Äußerung ausfüllen und Zutreffendes ankreuzen)

An die

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Salzburger Straße 21-25

10825 Berlin

**Beteiligtenklärung nach § 4 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 des
Lobbyregistergesetzes (BerLG)**

Anlässlich des Gesetzgebungsvorhabens über

die Änderung von § 9 des Berliner Richtergesetzes

erfolgt eine Beteiligung.

Name der oder des Beteiligten: Deutscher Juristinnenbund e.V.

Rechtsform der oder des Beteiligten: Eingetragener Verein

Vertretungsberechtigte der oder des Beteiligten: _____

Anke Gimbal, Bundesgeschäftsführerin

Adresse: Anklamer Str. 18, 10115 Berlin (Postanschrift)

www.djb.de

(ggf. Internetseite)

geschaeftsstelle@djb.de

(E-Mail-Anschrift)

Interessenbereich und Schwerpunkt der Tätigkeit: _____

Gleichstellungsrecht / Gleichstellungspolitik

Zusammenfassung der wesentlichen Ansichten zum Gesetzesvorhaben (möglichst nicht
mehr als eine DIN A4 Seite):

- ☒ Die Zusammenfassung der wesentlichen Ansichten zum Gesetzesvorhaben ist als Anlage beigefügt (bitte auslesbares Dokumentformat nutzen).
- ☒ Eine ausführliche schriftliche oder elektronische Äußerung ist als Anlage beigefügt (bitte auslesbares Dokumentformat nutzen).
- ☐ Bei der hiesigen Organisation handelt es sich um eine Vereinigung nach Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes oder eine Religions- und Glaubensgemeinschaft nach Artikel 4 des Grundgesetzes. Eine Veröffentlichung einer ausführlichen Äußerung erfordert meine Zustimmung. Mit der Veröffentlichung einer ausführlichen Äußerung bin ich
- ☐ einverstanden ☐ nicht einverstanden.
- ☐ Ich bin im Auftrag Dritter tätig. Der oder die **Auftraggebende** gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 6 BerlLG ist:

Name: _____

Rechtsform: _____

Vertretungsberechtigte: _____

Adresse: _____

(Postanschrift)

(ggf. Internetseite)

(E-Mail-Anschrift)

Interessenbereich und Schwerpunkt der Tätigkeit:


Unterzeichnung der oder des Beteiligten bzw. der oder des
gesetzlichen Vertretungsberechtigten

Berlin, 1. März 2022

Deutscher Juristinnenbund e.V.
Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen
Geschäftsstelle / Office:
Anklamer Straße 38 • D-10115 Berlin
fon: +49 30 4432700 • fax: +49 30 44327022
geschaeftsstelle@djb.de • <https://www.djb.de>

Zusammenfassung der wesentlichen Ansichten zum Gesetzesvorhaben (SenJustVA I A 3 – 3110/1/1)

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB) begrüßt die Zielsetzung des Entwurfs, die grundlegenden Vorgaben für die Erstellung dienstlicher Beurteilungen der Richter*innen und Staatsanwält*innen gesetzlich zu regeln. Nach Überzeugung des djB sind Transparenz und klare gesetzliche Vorgaben für dienstliche Beurteilungen essenziell für eine diskriminierungsfreie Bestenauslese nach Art. 33 Abs. 2 GG und damit für die Herstellung der Gleichstellung von Frauen und Männern (vgl. Art. 10 Abs. 3 Satz 2 VvB) bei Einstellungen und Beförderungen in der Justiz.

Der vorliegende Entwurf wird dieser Zielsetzung jedoch nur teilweise gerecht. Insbesondere hält der djB weitere Vorgaben im Gesetz zur Ausgestaltung des Beurteilungswesens für erforderlich. Der djB regt an, die Erhebung einer differenzierten Beurteilungsstatistik gesetzlich zu verankern, um den geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Beurteilungswesens entgegenzuwirken.